

Die Geier beim Kreisen stören

Private Investmentfonds kaufen zunehmend Schulden von Drittweltländern auf und klagen sie vor Gericht ein. Solche ‚Geierfonds‘ schlagen Geld aus dem Elend in der Dritten Welt, so dass selbst die Weltbank nach stärkeren Reglementierungen verlangt. Entsprechende Vorstösse sind in Frankreich, Belgien und den USA eingereicht worden.

Stefan Howald

Der Mechanismus ist einfach. Spekulative Privatfonds kaufen staatliche Schuldtitel, deren Rückzahlung in Frage steht, zu Discountpreisen auf und klagen dann die volle Schuldenrückzahlung samt Zinsen vor Gericht ein. Mit teuer bezahlten spezialisierten Juristen gelingt es ihnen zuweilen, die unterschiedlichen nationalen Gesetzgebungen und eine gläubigerfreundliche Rechtssprechung in den Industrieländern auszunützen, exorbitante Gewinne einzustecken und zugleich politische Bemühungen um eine Schuldenreduktion der ärmsten Länder zu unterlaufen.

Letztes Jahr geriet der Fall Sambia in die Schlagzeilen. Der Investmentfonds Donegal International hatte 1999 von der rumänischen Regierung Schulforderungen gegenüber Sambia im Nominalwert von 15 Millionen US-Dollar für 3,3 Millionen übernommen, danach Sambia vor einem britischen Gericht auf 55 Millionen verklagt und schliesslich 15,7 Millionen zugesprochen bekommen – nach acht Jahren ein satter Gewinn von 370 Prozent, und dies auf Kosten eines Landes, in dem zwei Drittel der Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen.

Noch schlimmer traf es die beiden zentralafrikanischen Staaten, die kleine Republik Kongo (Brazzaville) und die Demokratische Republik Kongo, gegenüber denen verschiedene Investmentfonds vor mehreren westlichen Gerichten 443 bzw. 149 Millionen US-Dollar zugesprochen erhielten. Angesichts solcher Tendenzen zeigten sich selbst die Weltbank und der IWF beunruhigt. Ein von den beiden Finanzinstitutionen in Auftrag gegebener Bericht kam Ende 2007 zum Schluss, dass private Forderungen von 1,6 Milliarden US-Dollar vor Gericht gegen arme Länder ausstanden.¹ Insgesamt meldeten 22 afrikanische und lateinamerikanische Länder Rechtsfälle; von den stark verschuldeten ärmsten Ländern, die von der so genannten HIPC-Initiative zur Schuldenreduktion profitieren, sind 11 durch Forderungen von mindestens 44 privaten Klägern betroffen. Rund eine Milliarde US-Dollar ist den Klägern gerichtlich bereits zugesprochen worden, und zwar in Bezug auf ursprüngliche

Schulden von 434 Millionen. Die Weltbank hat sich deshalb mit ungewöhnlich scharfen Worten gegen solche ‚Vulture Funds‘, oder ‚Geierfonds‘, gewandt.

Präzedenzfall Peru

Dabei tauchen immer wieder dieselben Investmentfonds auf. Der aggressivste dieser Privatgläubiger ist der US-Amerikaner Paul Singer, mehrfacher Milliardär, mit seiner Investmentgesellschaft Elliott Associates LP. Singer betätigte zuerst eher konventionelle Investitionen und konzentrierte sich ab 1992 auf billige Schuldscheine kriselnder oder konkursiter Unternehmen, die er dann bei der Konkursverwaltung aggressiv einforderte. Elliott Associates griff zudem in klassischer Raider-Art verschiedene Firmen vor allem im Kommunikationsbereich an, um höhere Dividenden herauszuschinden. Ab Mitte der 1990er Jahre setzte Singer auch auf Staatspapiere. 1996 kaufte Elliott Associates für 11 Millionen US-Dollar Schuldtitel zweier peruanischer Staatsbanken im Nominalwert von 20,7 Millionen. In der Folge weigerte sich der Fonds, bei den internationalen Um- und Entschuldungsbemühungen Perus mitzumachen und klagte die Regierung stattdessen vier Jahre lang in sechs Ländern ein. Vor verschiedenen Handelsgerichten erreichte er einige Etappensiege. Insbesondere ein Brüsseler Gericht gestand den Schuldforderungen von Elliott Associates gleichen Rang wie neuen Schuldnern zu, womit die ganze peruanische Umschuldung in Gefahr geriet. Die peruanische Regierung, die sich keine langjährigen kostspieligen Gerichtsverfahren mit ungewissem Ausgang leisten wollte, gab auf und zahlte dem Investmentfonds im Oktober 2000 insgesamt 58 Millionen – ein Gewinn für Singer von 400 Prozent.

Grossbanken, die sich im Londoner Club zusammengeschlossen haben, sind zumeist in die Entschuldungsaktionen hoch verschuldeter oder insolventer Staaten einbezogen. Private Unternehmen haben unter öffentlichem Druck einzelne Forderungen sogar aufgegeben. So liess Nestlé im Dezember 2002 eine Klage von 6 Millionen US-Dollar gegenüber dem von Dürren betroffenen Äthiopien fallen. Und das Lebensmittelunternehmen Big Food Group, das Guayana auf 24 Millionen verklagte, stornierte den Gerichtsfall nach einer Kampagne von Entschuldungsorganisationen und erklärte: »Unserer Firma wie der Bevölkerung von Guyana ist am besten damit gedient, wenn die Klage nicht weiterverfolgt wird.« Doch die Investmentfonds sind nicht auf ein gutes öffentliches Image angewiesen und gehen entsprechend ruchlos vor.

Die Geier, zumeist in den USA oder Grossbritannien domiziliert, beobachten den Markt und erkundigen sich routinemässig bei Finanzministerien in aller Welt nach Krediten, die zum

Verkauf stehen könnten. »Wenn ein Kredit auf den Markt kommt, wissen wir es innerhalb von Stunden«, hat Michael Sheehan, der Sambia mit seiner Donegal International schröpfte, stolz verkündet.² Für die Aufkäufe benützen die Fonds nicht selten Tochtergesellschaften, die in Steueroasen mit lascher Finanzaufsicht angemeldet sind. Von der auf den Caymaninseln registrierten Firma Grace Church Capital, die Kamerun auf 39,7 Millionen US-Dollar verklagt hat, ist nicht einmal die Muttergesellschaft bekannt, geschweige die Hintermänner.

Ausnutzung aller Gesetze

Entsprechend können die Gerichtsverfahren auch bei gläubigerfreundlichen Gerichten eingereicht werden. Mit solchen Urteilen bewaffnet versuchen die Geierfonds dann, etwa in den USA die Beschlagnahme von Vermögenswerten der betroffenen Staaten durchzusetzen. So bekam Elliott Associates beispielsweise in England 118,6 Millionen US-Millionen für Schuldtitel der Republik Kongo (Brazzaville) zugesprochen, die für 10 Millionen erworben worden waren. In den USA versuchte die Firma hierauf mithilfe von Gesetzen gegen Korruption und Schmuggel, die einst gegen die Mafia erlassen worden waren, die dreifache Entschädigung einzustreichen. Die Demokratische Republik Kongo (DRC) wurde in zwei Urteilen zur Zahlung von 150 Millionen US-Dollar, darunter 81,7 Millionen an den Geierfonds FG Hemisphere, verurteilt. In den USA ist Hemisphere allerdings bislang mit den Versuchen, kongolesische Öllieferungen und sogar zwei Botschaftsgebäude beschlagnahmen zu lassen, gescheitert.

Zuweilen werden von Gerichten auch eindeutig illegitime Schulden geschützt. Sierra Leone beispielsweise soll für die ehemaligen Dienste einer südafrikanischen Söldner-Organisation 23 Millionen US-Dollar zahlen. Das Sicherheitsunternehmen ist zwar bereits 1998 aufgelöst worden, doch sind deren Rechte durch eine in Panama beheimatete Briefkastenfirma aufgekauft worden.

Von Geierfonds angegriffen worden ist auch Nicaragua. LNC Investment, eine Singer-Tochtergesellschaft, lehnte 1995 eine international ausgehandelte Vereinbarung für noch aus der Somozo-Ära stammende Schulden ab. Nach langen Gerichtsverfahren und Verhandlungen zahlte Nicaragua schliesslich mindestens 213 Millionen US-Dollar an Geierfonds. Ein weiterer Fonds, Greylock Global Opportunity, erhielt durch Gerichtsentscheid 50,9 Millionen zugesprochen. Im Dezember 2007 stellte die Weltbank Nicaragua 61 Millionen zur Verfügung, um weitere Schulden zu 4,5 Prozent des

Nominalwerts abzuführen. Jetzt stimmte auch Greylock-Chef Hans Humes dem Abkommen zu, da er die meisten Schuldscheine zu tieferen Kursen erworben haben dürfte.

Zugriff auf Drittparteien

Und da ist der Fall der Republik Kongo (Brazzaville). Es ist eines der ärmsten Länder der Welt, aber reich an Öl. Ende der 1990er Jahre kaufte die auf den Caymaninseln situierte Kensington International, eine Tochtergesellschaft von Singers Elliott Associates, 32,6 Millionen US-Dollar an Schuldtiteln für einen Betrag von weniger als 3 Millionen. Kensington strengte verschiedene Klagen an, bekam Recht und Anspruch auf mittlerweile aufgelaufene 118,6 Millionen. Da sich der Kongo weigerte, zu zahlen, suchte Kensington Zugriff auf Vermögenswerte und auf Geschäftspartner des Kongos. In London reichte der Fonds einen Antrag ein, Gelder der englischen Tochtergesellschaft des Schweizer Rohstoff-Multis Glencore, die über verschiedene Firmen Öl aus dem Kongo erworben hatte, seien einzuziehen. Kensingtons Anwälten gelang dabei der Nachweis, dass die Firmen, mit denen Glencore Geschäfte getätigt hatte, tatsächlich dem kongolesischen Staat gehörten. Im November 2005 entschied der High Court in London, dass Glencore 39 Millionen US-Dollar nicht an die kongolesischen Handelsfirmen, sondern an Kensington zahlen müsse. Um den Druck zu erhöhen, reichte Kensington weitere Klagen in New York ein.

Im Dezember 2007 erzielte der Londoner Club der kommerziellen Kreditgeber ein Abkommen mit der Republik Kongo über einen partiellen Schuldenerlass. Doch drei Geierfonds – Kensington, FG Hemisphere und Walker International, in dessen Verwaltungsrat Michael Sheehan sitzt – schlossen sich dem Abkommen nicht an, sondern setzten ihre juristische Zermürbungsstrategie fort. Im Februar 2008 sprach das Landgericht Brüssel dem Investmentfonds Kensington das Recht zu, auf öffentliche Darlehen des belgischen Staats an die Republik Kongo in der Höhe von 10,3 Millionen Euro zugreifen zu können. Wenig später warf die kongolesische Regierung das Handtuch und einigte sich mit Singer auf die Auszahlung einer ungenannt bleibenden Summe.

Korruptionsjäger?

Der publizitätsscheue Singer hat seine Aktionen bei einem der wenigen öffentlichen Auftritte ungerührt verteidigt: »Wir handeln mit Ländern, wo es den Politikern gut geht und trotzdem Armut herrscht. Wenn jemand mit uns verhandelt, dann machen wir einen Deal. Ansonsten erzwingen wir ein Urteil zu unseren Gunsten.« Ja, ein Vertreter eines Geierfonds hat im Oktober 2007 bei einer Unctad-Anhörung gemeint, die eingereichten Klagen würden zur

Korruptionsbekämpfung in der Dritten Welt beitragen. Tatsächlich wurden vor dem High Court in London Details über den nicht gerade bescheidenen Lebensstil führender kongolesischer Staatsvertreter aufgetischt. Die *Sunday Times*, herausgegeben von Rupert Murdoch – seinerseits für seine Steuerumgehungstricks berüchtigt –, rühmte Singer und seinen Fonds denn auch: »Im Verlauf ihrer beinahe ein Jahrzehnt lang dauernden Untersuchungen hat Elliott vermutlich mehr als jede andere nationale und andere Organisation getan, die Korruption in Afrika aufzudecken.«³ Das ist Unsinn. Korrupte Praktiken und Günstlingswirtschaft sind in der Republik Kongo (Brazzaville) wie in den meisten Ölförderungsstaaten nicht zu bestreiten. Aber Global Witness und andere NGOs haben diese Korruption seit längerem aufgedeckt. Sobald die aussergerichtliche Einigung zustande kam, hat Elliot Associates im Übrigen alle Klagen zurückgezogen, womit die Korruptionsuntersuchungen gestoppt wurden. Zudem zielen die Verfahren nicht auf das persönliche Vermögen allfälliger korrupter Regierungsvertreter, sondern auf Staatsgelder, die die Bevölkerung zu bezahlen hat.

Apropos Günstlingswirtschaft: Singer trug jeweils mit Millionenbeträgen zu den Präsidentschaftskampagnen von George W. Bush bei.⁴ Eine Wette allerdings hat der gewiefte Spekulant verloren. 2007 setzte er als Hauptsponsor für die republikanische Präsidentschaftskandidatur ganz auf Rudy Giuliani, der aber früh aus dem Rennen schied.

Auch Michael Sheehan versucht seiner Tätigkeit gelegentlich einen positiven Anstrich zu geben. In den 1990er Jahren arbeitete er für eine Organisation, die Schulden in produktive Investitionsprogramme umzuwandeln suchte. Dabei erwarb er sich offenbar Insiderwissen.⁵ 1999 konnte er jedenfalls die rumänische Regierung, die damals in Entschuldungsverhandlungen mit Sambia stand, davon überzeugen, ihm die Schuldtitel für Traktoren und andere landwirtschaftliche Geräte zu überlassen, die Rumänien zwei Jahrzehnte zuvor an Sambia geliefert hatte und die das afrikanische Land nicht mehr hatte bezahlen können. Die Firma Donegal International, auf den Jungferninseln registriert, wurde einzig zum Zweck gegründet, die entsprechenden Schulden einzutreiben. In seiner Urteilsbegründung erklärte der Londoner Richter, Sheehan habe »gewollt ausweichende und sogar unehrliche« Auskünfte gegeben und Gerichte auf der ganzen Welt irregeführt.⁶ Zugleich deutete er an, Sheehan habe frühere sambische Beamte bestochen. Dennoch sah der Richter formaljuristisch keine andere Möglichkeit, als den Rechtsanspruch von Donegal zu bestätigen.

Von diesen ausufernden Gerichtsverfahren profitieren auch Anwaltskanzleien, die sich angeblich auf sozial verantwortliche Praktiken verpflichtet haben. Die Londoner Firma

Allen&Overy, die Donegal vertrat, kassierte dafür 2 Millionen Pfund an Honoraren. Elliot Associates wurde durch die Anwaltskanzlei Weil Gotshal und Kensington International durch die Anwaltskanzlei Dechert repräsentiert. Was diese Firmen mit der einen Hand reichlich einnehmen, geben sie mit der andern Hand kümmerlich zurück: Sie gehören nämlich der Vereinigung ‚Advocates for International Development‘ an, die aufgrund einer Initiative von Oxfam gegründet wurde und zuweilen unentgeltliche Rechtsauskünfte für Drittweltländer erteilt – zum Beispiel gegen Klagen, wie sie die gleichen Firmen vertreten.⁷

Die Weltbank stellt seit beinahe zwei Jahrzehnten Gelder bereit, damit Drittweltländer Forderungen von privaten Gläubigern zurückkaufen können. Von dieser an sich löblichen Initiative profitieren aber mittlerweile nicht nur die ursprünglichen Gläubiger, sondern auch, wie im Falle Nicaragua, Geierfonds, die sich so ihre Profite durch Weltbank-Gelder finanzieren lassen. Die Weltbank-Gelder ermutigen Investmentfonds geradezu, Gerichtsverfahren anzuzetteln, um Druck für eine Auszahlung zu erzeugen.

Argentinien wehrt sich erfolgreich

Allerdings sind die Vulture Funds nicht immer erfolgreich. Seit sechs Jahren versucht Singer beispielsweise, aus der argentinischen Schuldenkrise Mehrwert zu schöpfen. Als Argentinien 2002 den Schuldendienst einstellte, kaufte er durch seine Tochtergesellschaft NML Capital Ltd. Schuldforderungen für 180 Millionen US-Dollar zu 15 bis 30 Prozent des Nominalwerts auf und weigerte sich dann, der Offerte der argentinischen Regierung auf einen Abschlag auf 30 Prozent zuzustimmen. 2006 billigte ein US-Gericht Singer 284 Millionen zu. Argentinien hat sein Angebot aber bisher nicht erhöht, ja, das argentinische Parlament hat ein Gesetz erlassen, das eine Erhöhung verbietet. Der Gerichtsentscheid in den USA erschwert es Argentinien, globale Anleihen aufzunehmen, weil Singer sonst beantragen könnte, die Zinszahlungen zu beschlagnahmen. Bisher haben 70 Prozent der Gläubiger den argentinischen Vorschlag angenommen. Singer harrt weiter aus – hat also in diesem Fall bislang keinerlei Geld aus seiner Investition herausgeholt. Solcher erfolgreiche Widerstand ist allerdings nur einer grösseren Wirtschaftsmacht wie Argentinien möglich.

Die Geierfonds werden in der Schweiz nicht direkt gehandelt, Greylock Global Opportunities ist aber in Sammelfonds, so genannten ‚fund of funds‘ enthalten, etwa bei der Credit Suisse, bei der Bank Vontobel oder beim AMC Alternative Fund der Waadtländer Kantonalbank

Gegenmassnahmen

Die von den Geierfonds angestregten Gerichtsverfahren stören die weltweiten Versuche zur Stabilisierung der Schuldsituation und stossen deshalb auch bei Weltbank und IWF auf Ablehnung. Der britische Premierminister Gordon Brown verlangte letztes Jahr Massnahmen gegen die Geierfonds, liess es aber bislang bei Worten bewenden. Gerade die gläubigerfreundliche Rechtsprechung und die kaum reglementierten Steueroasen unter britischer Flagge erleichtern die Leichenfleddereien der Geierfonds. Auch ein Gesetzesvorschlag in Frankreich ist bislang im parlamentarischen Gestrüpp stecken geblieben und hat kaum Chancen auf Verwirklichung.

Weiter gegangen ist man bislang in Belgien. Nachdem dort ein Gericht öffentliche Entwicklungsgelder an die Republik Kongo (Brazzaville) zugunsten von Kensington International pfändete, verabschiedete das belgische Parlament im März 2008 ein Gesetz, das Mittel der belgischen Entwicklungszusammenarbeit für unpfändbar erklärt.⁸

Seit neuem erwächst den Fonds ernst zu nehmende Gegnerschaft in den USA. Am 1. August 2008 ist im US-Repräsentantenhaus ein Gesetzesvorschlag der kalifornischen Demokratin Maxine Waters eingereicht worden, der Geierfonds stärkeren Vorschriften unterstellen will. Der ‚Stop Vulture Funds Act‘ (HR 6796) soll die Höhe des Profits beschränken, den ein Fonds durch die Klage gegen ein armes Land erzielen kann. Zudem sollen die Fonds zur Offenlegung von mehr Informationen verpflichtet werden. Die entwicklungspolitischen Organisationen Africa Action, Jubilee USA Network und TransAfrica Forum, die zusammen eine ‚Vulture Fund Campaign‘ gestartet haben, begrüessen die Initiative und erhoffen sich davon, dass die ausbeuterischen Praktiken der Geierfonds gestoppt und die entsprechenden Gelder für die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerungen eingesetzt werden können.⁹

Eurodad und andere Entschuldungsorganisationen, darunter die Aktion Finanzplatz Schweiz, haben schon im Frühjahr vorgeschlagen, dass die Geierfonds auch an der fortgesetzten Doha-Runde Ende 2008 zur Sprache kommen sollten. In einem umfangreichen Bericht¹⁰ hat Eurodad zudem weitere notwendige Massnahmen skizziert, vor allem die Einrichtung eines fairen internationalen Mechanismus zur Aushandlung von Staatsschulden.

¹ IDA/IMF: Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative and Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI) – Status of Implementation. August 2007.

² Henrike Thomsen/Nicole Walter: Vulture Funds beginnen zu kreisen. Handelsblatt, Düsseldorf, 9.7.2008.

³ Tony Allen-Mills: Congo sapped of riches as Denis menaces Boulevard Saint-Germain. Sunday Times, London, 17. Juni 2008.

⁴ Kambiz Foroohar: The Opportunist. A portrait of Paul Singer. Bloomberg markets, Februar 2008.

⁵ Joshua Hammer: Vultures of Profit. Portfolio.com, Juli 2008.

⁶ Americans milk Africa to death. Blackstarnews.com, 18. März 2007.

⁷ Asley Seager/James Lewis: How top London law firms help vulture funds devour their prey. Guardian, London, 17. Oktober 2007.

⁸ François Misser: Klagen und kassieren. In: Südwind, Wien, 7/2008.

⁹ Kristin Sundell: Congress to Clip the Wings of Vulture Funds. us.oneworld.net, 1. August 2008.

¹⁰ Gail Hurley: Taming the Vultures: Are new measure enough to protect debt relief gains? Eurodad Report, Brüssel, August 2008.